



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 04.02.2025 – Auszug aus Drucksache 19/4881 –

Frage Nummer 15

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Markus
Rinderspa-
cher**
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was haben die Behörden des Freistaates an Maßnahmen in die Wege geleitet, um die Bundestagswahl am 23.02.2025 vor Manipulation und Einflussnahme zu schützen, welche Kenntnisse liegen ihr über das Ausmaß und die Art von jedweden Versuchen vor, beispielsweise über gezielte Desinformation und illegale Datensammlung im Netz die Bundestagswahl zu manipulieren, und welche aktuellen Gefahren sieht die Staatsregierung mit Blick auf illegale und illegitime Wählerbeeinflussung?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Illegitime Einflussnahme durch Desinformation stellt ein ernstzunehmendes sicherheitsrelevantes Thema für Deutschland und Bayern dar.

Die Beobachtung von möglichen Einflussnahmen und Desinformationskampagnen von ausländischen Kräften sowie die Information der Öffentlichkeit wird grundsätzlich durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sichergestellt. Zur Gefährdungslage wird auf die Antwort zur Anfrage zum Plenum des Abgeordneten von Brunn zur Einflussnahme auf die Bundestagswahl in Bayern anlässlich der Plenarwoche in der 50. KW 2024 verwiesen.

Darüber hinaus werden auch vom Landesamt für Verfassungsschutz fortlaufend Aktivitäten von ausländischen Akteuren im Rahmen des gesetzlichen Auftrags nach Art. 3 Bayerisches Verfassungsschutzgesetz beobachtet, mit dem Ziel, Pläne und Aktionen auch von diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu bearbeiten. Zur allgemeinen Erkenntnislage hinsichtlich Desinformationskampagnen wird auf die Verfassungsschutz-Informationen Bayern für das 1. Halbjahr 2024, S. 62 ff. verwiesen. Konkrete Erkenntnisse zu möglichen spezifisch auf die Bundestagswahl bezogenen Beeinflussungen liegen dem Landesamt für Verfassungsschutz derzeit nicht vor.

Bayern verfolgt einen breiten gesamtgesellschaftlichen Ansatz gegen illegitime Einflussnahme fremder Staaten. Bereits anlässlich der Europawahl vom 09.06.2024 in Deutschland haben das Staatsministerium für Digitales (StMD) und das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) eine „Bayern-Allianz gegen Desinformation“ initiiert. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären, zu

schützen und so zu wappnen, dass Desinformation erkannt und als solche behandelt wird. Zu weitergehenden Informationen und Maßnahmen wird auf die Internetseiten von StMD und StMI verwiesen.^{1, 2}

¹ unter: <https://www.stmd.bayern.de/themen/bayern-allianz-desinformation>
² unter: <https://www.stmi.bayern.de/sus/verfassungsschutz/desinformation/>